

Ursachensuche nach Hitzetod in Uni-Stall

Rund 600 Labormäuse nach Defekt verendet

GIESSEN Nach dem Hitzetod von rund 600 Mäusen in einem Stall der Justus-Liebig-Universität sucht die Hochschule noch die Ursachen. Klar ist: Die Universität macht einen technischen Defekt geltend. Wegen eines schwerwiegenden Fehlers in der Heizungsanlage habe sich der Raum mit dem Stall über Nacht zum Dienstag auf mehr als 40 Grad aufgeheizt. Als Tierpflegerinnen um 6 Uhr ihren Dienst antraten, sei die Mehrzahl der 1000 für die medizinische Forschung vorgesehenen Nager schon verendet gewesen. Die 400 anderen seien von den Tierpflegerinnen gerettet worden, ohne sichtbare Hitzeschäden und in einem guten Allgemeinzustand, heißt es weiter.

Dessen ungeachtet stellt sich die Frage, weshalb für die verendeten Mäuse die Temperaturen zu hoch waren, für die anderen Nager aber nicht. Aus physiologischer Sicht lasse sich dies nicht pauschal beantworten, teilte eine Sprecherin mit. Die Tiere seien einerseits Temperaturen um 22 Grad gewöhnt. Sie hätten vermutlich deshalb Schwierigkeiten, so hohe Wärmegrade auszugleichen. Die Universität sehe 34 Grad als Grenzwert an.

Zudem spiele offenbar die Lage der Käfige eine Rolle. So seien in der Nacht zum Dienstag vor allem Tiere in den oberen Reihen der Käfige verendet. Oben sei es naturgemäß wärmer als unten. Letztlich reagiere auch nicht jeder Körper gleich auf die äußeren Einflüsse, erläuterte die Sprecherin.

Dabei gilt es noch zu bedenken: Mäuse verfügen nicht über Schweißdrüsen in der Haut. Sie behelfen sich bei Hitze durch Beleben des Fells, um sich zu kühlen, wie weiter zu erfahren ist. Bei mehr als 41 Grad werden demnach Gefäßwände im Körper geschädigt. Die Universität hat nach ihren Angaben das mittelhessische Regierungspräsidium als Aufsichtsbehörde über den Vorfall informiert. Sie hat darüber hinaus schon erste Konsequenzen im Alltagsbetrieb gezogen. Angesichts des Vorfalles werde die Hochschule außerhalb der Dienstzeiten sämtliche Tierhaltungen mit Sicherheitspersonal überwachen lassen, bis eine zuverlässige technische Alarmierungslösung sichergestellt werden könne. Das Präsidium kündigte an, den Vorfall lückenlos aufzuklären. „Der Gedanke, dass so viele Tiere auf diese Art sterben mussten, ist unerträglich“, wird Alexander Goemann, Vizepräsident für Wissenschaftliche Infrastruktur, zitiert.

Die Hochschule kann auf Tierversuche nach ihren Angaben noch nicht verzichten. Zwar setze sie, „wo immer möglich“, auf Computersimulationen oder Übungen an Phantomen. „Dennoch ist ein vollständiger Verzicht des Einsatzes von Tieren in der Lehre weder sinnvoll noch möglich“, teilt die Uni auf ihrer Internetseite mit. Sie bilde viele Studenten für Berufe aus, in denen sie mit Tieren zu tun hätten. So ist die Hochschule ein namhafter Standort für Agrarwissenschaften und Veterinärmedizin. Studenten erwarteten eine fundierte theoretische und praktische Ausbildung. „Den Umgang mit Tieren zu üben halten wir daher für unverzichtbar“, hebt die Universität hervor. In der Arzneimittelforschung sind Tierversuche rechtlich vorgeschrieben.



Von Afrika in den Taunus: Theresa Ndala (links) und Indileni Munghono aus Namibia arbeiten jetzt in Bad Homburg in einem Kindergarten.

Foto Helmut Fricke

Von Windhuk in den Taunus

Es gibt nur zwei Dinge, die Theresa Ndalas Sicht nicht gut sind in Deutschland: das Heimweh und das Fleisch. Heimweh hat die 26 Jahre alte Erzieherin nach den Eltern. Sie stammt aus Owamboland, dem Norden Namibias, und hat in der Hauptstadt Windhuk studiert. Die liegt mehr als 8000 Kilometer vom Rhein-Main-Gebiet entfernt, zehn Flugstunden. Ndala arbeitet seit zwei Monaten in Bad Homburg in einem Kindergarten.

Der Arbeitsplatz gefällt ihr, vor allem dass die Kinder frei spielen, ohne Stundenplan lernen dürfen. In vier Jahren Bachelorstudium hat die junge Frau gelernt, dass schon Kleinkinder nach Stundenplan lernen sollten: Schreiben, Rechnen, Musizieren. Die Erzieher in Namibia seien Lehrer, wie an den Schulen. Als Ndala aber vom deutschen Fleisch spricht, verzieht sie das Gesicht. Namibisches Fleisch dagegen sei „so gut“. Kudu zum Beispiel.

Die junge Fachkraft sitzt in einem Kreis von gut einem Dutzend Personen in der Kita Hessengärten. Sie arbeitet nicht dort, sondern in der Kita Oberste Gärten, dafür aber ihre Kollegin Arianna Alarco aus Peru, die aus Lima nach Bad Homburg gekommen ist. Dort startet sie in den Worten

BAD HOMBURG In der Kurstadt arbeiten mehr als 20 Erzieherinnen aus dem Ausland. Zum Beispiel aus Namibia. Sie berichten, warum ihnen die Kitas in Deutschland gefallen. Aber nicht alles in der neuen Heimat finden sie gut.

einer neuen Kollegin gerade langsam mit kleinen Bastelangeboten. Aber die Peruanerin hat wie auch die Namibierin beobachtet, was den Kindergarten von dem in der Heimat unterscheidet: „Partizipation“. Mit in der Runde sitzen am Donnerstag auch Vertreter der Agenturen, mit deren Hilfe die Stadt inzwischen 24 Erzieherinnen aus dem Ausland angeworben sei. In der Corona-Zeit ging es los, zusammen mit dem Unternehmen Helmecca, das Fachkräfte aus Spanien anwirbt. Zum Beispiel Claudia Camacho Hernández aus Avila, die wie Raúl Krämer von der Agentur zu dem Treffen gekommen ist. Er berichtet, dass Erzieherinnen in Spanien meist nur befristet angestellt

würden, etwa von September bis Juni – bei einem Nettoverdienst von 900 Euro trotz Abitur und Studium. Wenn sie überhaupt einen Job fänden. Die Jugendarbeitslosigkeit liege bei fast 30 Prozent gegenüber sechs Prozent in Deutschland. Das kann Uta Rasche vom Unternehmen Talent Orange noch toppen. Die Agentur wirbt Erzieherinnen von außerhalb Europas an. In Namibia, der Heimat Theresa Ndalas, seien 40 Prozent der Jungen ohne Arbeit. Für Ndala und ihre 25 Jahre alte Kollegin Indileni Munghono war das ein Grund, nach dem Studienabschluss einen Deutschkurs am Goethe-Institut in Windhuk zu machen. Sieben Monate lang hatten sie täglich sechs Stun-

den Unterricht. Beim zweiten Anlauf schafften sie die B2-Prüfung, die sie für die Anerkennung in Deutschland brauchten.

Dass Deutschland einmal Kolonialmacht in Namibia war, das damals Deutsch-Südwestafrika hieß, spielt für Ndala keine Rolle: „Das war damals“, sagt sie. „Jetzt ist die Zukunft.“ Auch ihre Eltern sähen das so. Die namibische Mutter und der Vater, der aus Angola stamme, freuten sich, dass die Tochter das mache, den Weg gehe, den sie sich gewünscht habe. Mit Indileni Munghono und anderen „Talenten“, wie sie sich in Bad Homburg nennen und genannt werden, war sie schon mit der S-Bahn in Frankfurt und Shoppen in Bad Homburg.

Die Stadtverwaltung hilft den Frauen bei der Suche nach Wohnung, Ärzten und Freizeitangeboten – und ist angetan. „Sie bringen Haltung, Empathie und Wertschätzung mit“, sagt Eva Jethon, zuständig für Kitas. Auch der neue Stadtrat Tobias Ottaviani ist da. Er sei froh, mit zusätzlichen Kräften Qualität in den Kitas zu ermöglichen und zugleich Internationalität. Der Sozialdemokrat spricht von einer Erfolgsgeschichte. Später wird Theresa Ndala noch die deutsche Schokolade loben – und sogar die Wurst. flf.

Doch noch Ausnahmen von der Kurtaxe

WIESBADEN Linksbündnis legt neue Satzung vor / Magistrat soll prozentuale Bettensteuer prüfen

Das Wiesbadener Linksbündnis hat bei der umstrittenen Erhöhung und Ausweitung der Kurtaxe eine teilweise Kehrtwende vollzogen. Entgegen den ursprünglichen Beschlüssen zur Sanierung des defizitären Haushalts lassen Grüne, SPD, Linke und Volt bei der Abgabepflicht auf Übernachtungen nun doch Ausnahmen zu. Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von bis zu 21 Jahren, die beispielsweise auf Lehrgängen,

Freizeiten und Fortbildungskursen anerkannter Bildungsträger in Wiesbaden weilen, sollen die fünf Euro pro Übernachtung erlassen werden.

„Wir haben einen Fehler gemacht“, sagte Grünen-Fraktionschef Felix Kissler in der jüngsten Sitzung des Finanzausschusses. Ursächlich sei der enorme Zeitdruck auf die Kooperation bei der Konsolidierung des Etats gewesen. „Wir haben zugehört“, ergänzte SPD-Fraktionschef Silas Gottwald im Hinblick auf die Existenzängste, die unter anderem die gemeinnützigen Betreiber der Wiesbadener Jugendherberge und des Jugendnaturzeltplatzes vorgetragen hatten.

Die drei Oppositionsfraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG hatten deshalb in einem Antrag an den Finanzausschuss gefordert, aus sozialen Gründen Personen von der Zahlung der „bundesweit höchsten Kurtaxe“ auszunehmen, die entweder in der Jugendherberge oder auf dem Jugendnaturzeltplatz übernachten. Das Viererbündnis kontierte diesen Vorstoß allerdings mit einem eigenen Ersetzungsantrag, der eine komplette Neufassung der Satzung enthielt.

Die Vertreter der beiden Freizeiteinrichtungen hätten allerdings die Befreiungsvariante der Opposition bevorzugt, weil die neue Satzung einen hohen Bürokratieaufwand mit sich bringe. Tina Hoppe von der Jugendherberge verwies auf andere Städte, die eine grundsätzliche Befreiung dieser Unterkunftsart geregelt hätten.

Das allerdings sei nicht rechtssicher, entgegnete auf diesen Wunsch Sprecher des Bündnisses. Sie haben Sorge vor möglichen Klagen der Wiesbadener Hoteliers, die mit der Kurtaxe in dieser Höhe nicht einverstanden sind und Verluste durch die ausbleibende Buchung großer Zimmerkontingente beklagen. CDU-Fraktionschefin Daniela Georgi warf

dem Bündnis vor, bei der Konsolidierung „mit dem Kopf durch die Wand“ gegangen zu sein und nun „scheibenweise zurückzurudern“. Die Neufassung der Satzung sei aber trotz des damit verbundenen bürokratischen Aufwands für die Vereine „besser als nichts“. Für die Hotels und Pensionen bleibt es hingegen bei fünf Euro pro Gast und Nacht.

Die neue Kurtaxenregelung könnte aber schon bald wieder ein Auslaufmodell sein. Denn der Magistrat soll schon zur Aufstellung des Etats 2025 prüfen, ob das Modell einer City Tax – auch Bettensteuer genannt – mit einem prozentualen Aufschlag auf den Übernachtungspreis die Kurbeitragsatzung ersetzen könnte.

In Berlin beispielsweise werden fünf Prozent des Nettoübernachtungspreises verlangt, also ohne Umsatzsteuer und ohne Entgelte für Dienstleistungen wie Minibar, Sauna- und Wellness. Der Magistrat soll zudem prüfen, ob die Kurtaxe oder City Tax mit einem Freifahrtschein im Wiesbadener Nahverkehr verknüpft werden könnte. Der Magistrat soll vor seinem Vorschlag die Erfahrungen in anderen Städten einbeziehen und für die Akzeptanz einer Neuregelung zuvor mit Interessenverbänden wie dem Hotel- und Gaststättenverband, mit Wiesbaden Congress & Marketing sowie dem Tourismusverband Hessen sprechen.

Bei dem vom Bündnis ebenfalls beschlossenen „Nachhaltigkeit-Zuschlag“ auf den Frischwasserbezug, der nach dem Vorbehalt der Kommunalaufsicht gestoppt wurde, gibt es allerdings noch kein Einlenken des Bündnisses. Zwar wird der Aufschlag von 90 Cent je Kubikmeter vorerst nicht erhoben, wodurch der Stadt 16 Millionen Euro fehlen. Doch das Bündnis bleibt bei seiner Sicht. Die Argumente des Innenministeriums seien nicht nachvollziehbar, sagt Gottwald, der für die nun schwierige Finanzlage der CDU

eine Mitschuld gab. Eine „absurde Argumentation“, nannte das Georgi, die das Vorhaben der Kommunalaufsicht zur Prüfung vorgelegt hatte.

Vertreter der Kämmerei teilten den Kommunalpolitikern mit, dass die Finanzlücke von 16 Millionen Euro aus dem Topf der mit 17 Millionen bestückten „allgemeinen Risikovorsorge“ geschlossen werden könne. Zur Ausräumung seiner „erheblichen rechtlichen Bedenken“ gegen die Wasserverbrauchssteuer hatte die Kommunalaufsicht eine Frist bis zum 20. März gesetzt. Die Stadt will sich laut Stadträtin Patricia Becher (SPD) aber bis Anfang Juni Zeit lassen. Über die Stellungnahme sollten die Stadtverordneten in ihrer Sitzung Ende Mai entscheiden.

Unterdessen appelliert der Bund der Steuerzahler an die politisch Verantwortlichen, die „Wassersteuer“ fallen zu lassen. Auf die Ankündigung einer Aussetzung der Steuer müsse der „endgültige Schlusstrich“ folgen. „Der Nachhaltigkeitszuschlag diene ausschließlich der Einnahmesteigerung. Der angebrachte Effekt zur Senkung des Wasserverbrauchs ist Augenwischerei“, sagte Vorstandsmitglied Jochen Kilp, denn die Stadt habe die Einnahmen fest zur Konsolidierung eingeplant.

Statt einseitig an der Belastungsschraube zu drehen, solle die Stadtpolitik die Ausgaben in den Blick nehmen. Nicht ohne Grund fordere der Landesrechnungshof, selbst gewählte Standards und Leistungen zu hinterfragen und Prioritäten zu setzen. Der Steuerzahlerbund teilt zudem die Bedenken der Kommunalaufsicht: Die Frischwasserversorgung sei ein Gebührengeschäft, und Gebühren dürften nur kostendeckend erhoben werden. Gewinne seien nicht zulässig. Die Stadt solle auf rechtliche Schritte gegen die Kommunalaufsicht verzichten. obo.



Bereicherung aus Namibia

Von Florentine Fritzen

In Namibia haben die Kinder im Kindergarten einen Stundenplan. Morgens spielen sie eine Stunde, dann stehen das ABC, Gesang und Instrumente auf dem Programm. Danach vielleicht Rechnen und „Environmental Studies“, also eine Art Sachkunde. So erzählen es die jungen Erzieherinnen aus dem südafrikanischen Land, die seit wenigen Wochen in Kindertagesstätten in Bad Homburg im Taunus arbeiten.

Im Studiengang Frühkindliche Bildung in Windhuk haben sie verinnerlicht, dass es keinen Unterschied zwischen Erzieher und Lehrer gebe: Beide heißen in Namibia „Teacher“. Es ist bezeichnend, dass die Fachkräfte aus dem Ausland das als Erstes ansprechen, als sie den neuen Arbeitsplatz mit dem im Heimatland vergleichen. Dass Kinder in Kitas in Deutschland frei spielen, selbst entscheiden, womit sie sich beschäftigen möchten, gefällt den Namibierinnen besser. Eine ihrer Kolleginnen, eine in Bad Homburg angeworbene Peruanerin, bringt es auf den Punkt: Partizipation.

Die Begeisterung ist nicht einseitig. Auch die Erzieher aus Deutschland profitieren von den pädagogischen Konzepten, die die aus dem Ausland angeworbenen Kolleginnen mitbringen. Sie helfen, den Blick auf die eigene Arbeit zu schärfen: Reicht es, ab und zu ein Projekt über Bienen anzubieten? Vielleicht lässt sich von fremden Konzepten sogar etwas abschauen, ohne ihnen nachzueifern. Denn sie werfen Fragen auf. Etwa die, wie spielerisch Lernen für Fünfjährige eigentlich sein sollte.

Zugleich fehlt oft das Personal, um frühkindliche Bildungsinhalte so zu entwickeln und anzubieten, dass die von Eltern und Politikern geforderte Qualität der Kitas Tag für Tag erreicht wird. Daher sind die Namibierinnen ja überhaupt nach Deutschland gekommen. Aber nehmen Städte in Hessen damit nicht anderen Ländern, deren Wirtschaft und den dortigen Kindern, kompetente, engagierte Kräfte weg? Die Partneragenturen verneinen das mit Hinweis auf die hohe Arbeitslosigkeit dort. Das erscheint schlüssig. Aus deutscher Sicht jedenfalls gewinnen alle Beteiligten. Im Rhein-Main-Gebiet nicht zuletzt die Kinder, von denen viele selbst ausländische Wurzeln haben.

Klinik verklagt Lauterbach

KREIS GROSS-GERAU Die Kreisklinik in Groß-Gerau verklagt die Bundesregierung auf Schadenersatz in Höhe von 1,7 Millionen Euro. Die Klageschrift wurde am Donnerstag beim Landgericht Darmstadt durch Klinikgeschäftsführerin Erika Raab eingereicht.

Die Klage richtet sich gegen Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Raab sieht in der Finanznotlage vieler Krankenhäuser einen Verstoß gegen das Krankenhausfinanzierungsgesetz, nach dem die Regierung verpflichtet sei, eine auskömmliche Finanzierung von Krankenhäusern zu gewährleisten.

Das Defizit der Groß-Gerauer Klinik in Höhe von 1,7 Millionen Euro 2023 ist laut Raab durch die Steigerung der Energie- und Materialkosten entstanden. Infolge einer vom Gesundheitsministerium veranlassten Gesetzesänderung 2022 könnten die Krankenhäuser die Mehrkosten nicht mehr abdecken, was gegen die Verpflichtung des Bundes verstoße. Für 2024 sieht die Klinikchefin ein noch weit größeres Defizit wegen der gestiegenen Kosten, wenn die Krankenhausfinanzierung nicht geändert werde.

Laut Raab sind bundesweit viele Krankenhäuser in die roten Zahlen gerutscht, um die 40 Kliniken hätten 2023 Insolvenz angemeldet. 2024 werde sich die Zahl wohl verdoppeln.

Unterstützt wird der Vorstoß aus Groß-Gerau bundesweit von anderen Kliniken wie dem Klinikum Passau, den Kliniken Nordoberpfalz AG und den bayrischen KBB-Kliniken. Auch die Hessische Krankenhausgesellschaft unterstütze das Vorhaben. Dessen Direktor Steffen Graminger hebt hervor, unter den aktuellen Bedingungen seien die wirtschaftlichen Herausforderungen von den Kliniken kaum zu bewältigen. erle.

BEKANNTMACHUNGEN

Einladung zur Jahreshauptversammlung

Hiermit lade ich alle Mitglieder zur Mitgliederversammlung der Ortsvereinigung Friedrichsdorf im Kreisverband Hochtaunus e. V. des Deutschen Roten Kreuzes am

Freitag, den 19. April 2024 um 19.30 Uhr
Herrenhofstraße 1, Friedrichsdorf

herzlich ein.

Tagesordnung:

- TOP 01 Begrüßung
- TOP 02 Gedenken an die Verstorbenen
- TOP 03 Verlesung des Protokolls der letzten JHV mit anschließender Aussprache
- TOP 04 Grußworte der Gäste
- TOP 05 Berichte des Vorstandes
- TOP 06 Aussprache über die Berichte
- TOP 07 Bericht der Kassenprüfer
- TOP 08 Entlastung des Vorstandes
- TOP 09 Wahl der Kassenprüfer
- TOP 10 Wahl Delegierte für die Kreisversammlung
- TOP 11 Ehrungen und Ernennungen
- TOP 12 Anträge
- TOP 13 Verschiedenes

Deutsches Rotes Kreuz

Kreisverband Hochtaunus e. V.
Ortsvereinigung Friedrichsdorf
Dr. Marius Bergermann als Vorsitzender